

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 20. Ratssitzung vom 7. November 2018**

### **530. 2017/462**

**Motion von Katharina Prelicz-Huber (Grüne), Markus Kunz (Grüne) und 11 Mitunterzeichnenden vom 20.12.2017:**

**Schaffung einer rechtlichen Grundlage zur Förderung der Kinder- und Jugendpartizipation**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenezunehmen.

***Katharina Prelicz-Huber (Grüne)** begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 3623/2017): Wir wollen mit der Motion die Kinder- und Jugendpartizipation fördern. Wir wollen mit dem Vorstoss eine rechtlich verbindliche Grundlage, beispielsweise in der Gemeindeordnung, schaffen, sodass Kinder in Bereichen, die sie selbst betreffen, mitreden können. Die Schweiz hat die UNO-Kinderrechtskonvention ratifiziert. Es gibt den Schutzbereich, den Förderungsbereich und den Partizipationsbereich, die auch vom Bund in seiner Kinder- und Jugendpolitik als Stossrichtung gefordert werden. Die Stadt macht bereits viel im Bereich Schutz und Förderung, aber noch wenig im Bereich der Partizipation. In der Kinderrechtskonvention ist klar formuliert, dass Kinder überall da, wo sie betroffen sind, mitreden dürfen. Ihre Meinung sollte in die Entscheidung einbezogen werden. Man könnte Jugendparlamente gründen und es entstünde eine Win-Win-Situation, weil sich Jugendliche in der Demokratie üben könnten und es gleichzeitig ein Gewinn für die Gesellschaft und letztendlich auch ein Gewinn für die Planung wäre. Der Einbezug von Kindern und Jugendlichen bedeutet für sie, sich ernst genommen zu fühlen. Planungsleute sagen immer wieder, dass Kinder und Jugendliche sehr genau und praktisch formulieren und konkrete Umsetzungsideen einbringen können. Die Stadt hat bisher nirgends verbindlich festgelegt, dass Kinder und Jugendliche mitreden können und auch welche Kompetenzen sie haben könnten. Sie werden teilweise einbezogen, sind dabei aber immer auf den Goodwill der Eltern angewiesen. Luzern kennt bereits seit langem ein Kinder- und ein Jugendparlament, die Anträge an den Stadtrat stellen können, über die auch abgestimmt werden muss. Sie haben sogar ein eigenes Budget, mit dem sie Projekte umsetzen können. Es gibt auch andere Formen als das Parlament, wie beispielsweise Kinderdetektive oder offene Versammlungen. Nicht die Form, sondern das Recht mit Kompetenz der Partizipation soll festgeschrieben werden. Das neue Gemeindegesetz stellt eine gute Basis, um in zwei Jahren einen Vorschlag bringen zu können, der vielleicht auch bereits gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen evaluiert wurde.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

**STR Raphael Golta:** *Das neue Gemeindegesetz gibt einen klaren Rahmen vor, wie die Jugendpartizipation im Rahmen eines Parlaments im engeren oder weiteren Sinn rechtlich umgesetzt werden kann. Der Stadtrat plant, mit der revidierten Gemeindeordnung, auch einen entsprechenden Vorschlag auszuarbeiten. Dieser beinhaltet die rechtliche Infrastruktur, die klar festlegt, was es braucht, damit sich Jugendliche beteiligen können. Etwas anspruchsvoller ist die Frage nach den unterschiedlichen Partizipationsmöglichkeiten. Ich bin mir nicht sicher, wie wir im Rahmen einer Motion die verschiedenen Möglichkeiten erfüllen können. Die Ansätze sind sehr vielfältig und gleichzeitig wissen wir, dass eine strukturierte Partizipation – wie bei einem Parlament – nicht immer langlebig ist, weil es bei Jugendlichen manchmal mehr en vogue ist und dann wieder weniger. All das müssen wir bei der Umsetzung berücksichtigen. Rechtlich ist bereits etwas in Planung, zur Umsetzung werden wir uns aber gerne mehr Gedanken machen.*

Weitere Wortmeldungen:

**Rolf Müller (SVP):** *Es geht um die Schaffung einer rechtlichen Grundlage zur Förderung der Kinder- und Jugendpartizipation. Es bestehen aber bereits verschiedene rechtliche Grundlagen, die die Kinder- und Jugendpartizipation adressieren. Auf kantonaler Ebene schaffte der Zürcher Kantonsrat die für ein Jugendparlament notwendigen Gesetzesgrundlagen. Die erste Sitzung zu diesem Thema fand bereits statt. Per 1. Januar 2018 trat das neue kantonale Gemeindeordnungsgesetz in Kraft. Mit dem neuen Gemeindegesetz braucht es eine Anpassung der Gemeindeordnung, um ein politisches Instrument für Jugendliche im Sinne eines Jugendvorstosses realisieren zu können.*

**Ursula Näf (SP):** *Es ist nicht das Anliegen des Vorstosses, darüber zu bestimmen, was Jugendliche und Kinder wollen oder interessiert. Die Forderung nach Partizipation ist genau das Gegenteil einer bevormundenden Haltung. Kinder und Jugendliche sollen das Recht haben, sich selbst einzubringen und gehört zu werden. So werden sie als einen ernstzunehmenden Teil der Gesellschaft verstanden. Alleine in der Volksschule gibt es 32 000 Kinder und Jugendliche und ich bin überzeugt, dass sie viele interessante Ideen hätten, wie wir unser Lebensumfeld verändern könnten. Es profitieren alle von der Schaffung von Möglichkeiten einer Mitsprache der Jüngeren. Es ist zudem eine wichtige Erfahrung, sich gemeinsam mit anderen für seine Interessen, Wünsche und Ideen einzusetzen. Diese Erfahrung nimmt man in das Erwachsenenalter mit, sodass man sich später eher sozial oder politisch engagiert. Die Instrumente der Partizipation sollen so ausgestaltet werden, dass eine reale Mitsprache entsteht und sie eine Auswirkung hat. Bei einem Jugendparlament wäre dies ein Antragsrecht, mit dem die Anträge auch behandelt werden müssten. Die Motion lässt verschiedene Instrumente und Möglichkeiten bewusst offen, damit nicht das Denken in einzelnen Gefässen gefördert wird, sondern Partizipation übergeordnet gedacht wird. Da es in der Gemeindeordnung sowieso eine Änderung für ein allfälliges Jugendparlament bräuchte, unterstützen wir das Anliegen auch als Motion.*

**Natalie Eberle (AL):** Dass Kinder und Jugendliche an verschiedenen Anliegen partizipieren, unterstützen wir – sei dies im Rahmen eines Kinderparlaments oder eines Jugendparlaments. Ich bin sehr froh, dass der Kanton endlich ein Jugendparlament geschaffen hat, das dieses Jahr das erste Mal tagen konnte. Es gibt aber ganz viel weitere Orte, wo die Partizipation von Kindern und Jugendlichen gefördert werden und ihre Meinung einfließen müsste. Das betrifft auch bauliche Massnahmen wie beispielsweise bei Schulhäusern. Kinder verbringen einen Grossteil ihres Tages in Schulhäusern, werden aber nie gefragt, was sie eigentlich möchten. Es gibt so viele verschiedene Orte, wo die Meinung von Kindern und Jugendlichen interessant wäre. Deshalb ist es extrem wichtig, dass es in der Stadt und auch im Rahmen der verschiedenen Departemente eine grundlegende Festschreibung gibt, damit Kinder- und Jugendpartizipation in allen Bereichen und Departementen mitgedacht werden muss.

**Ernst Danner (EVP):** Die gelenkte Partizipation von Jugendlichen am politischen Prozess ist für mich etwas zwiespältig. Die Mitwirkung in einem Kinder- oder Jugendparlament ist sicher eine gute Erfahrung – die Situation ist aber auch immer etwas künstlich. Generell ist die gelenkte Partizipation ganz leicht dem Manipulationsverdacht ausgesetzt. Wir wollen selbstverständlich, dass sich junge Menschen beteiligen können, aber ob dies geführt und gelenkt werden muss, ist für uns fraglich. Man muss sich fragen, ob es um die Partizipation der Jungen oder um die Einflussnahme der Älteren geht. Wir teilen die Ansicht des Stadtrats, dass man das Anliegen im Rahmen eines Postulats näher prüfen soll. Ich bin ein wenig enttäuscht, dass Katharina Prelicz-Huber (Grüne) die Umwandlung ablehnte, bevor sie überhaupt hörte, was ihre Ratskollegen und Ratskolleginnen zu sagen haben. Wenn man die absolute Mehrheit hat, ist man anscheinend nicht mehr auf die Stimmen der anderen angewiesen.

**Alexander Brunner (FDP):** Bereits mit dem Top 7 erklärte die FDP-Fraktion, dass sie einer Partizipation ab dem 12. Lebensjahr zustimmt. Wir sind aus technischen Gründen gegen die Motion, weil wir der Meinung sind, dass dies bereits früher so verlangt wurde.

**Markus Kunz (Grüne):** Der Verlauf der Debatte zeigte mir deutlich auf, wie notwendig die Motion ist. Gerade der Begriff der «gelenkten Partizipation» zeigt mir die unterschiedlichen Auffassungen alleine über den Begriff. Wenn eine Partizipation gelenkt wird, ist es keine Partizipation mehr. Es braucht deshalb sehr unterschiedliche Formen. In der Antwort des Stadtrats wird nur vom institutionalisierten Teil und dem Teil, der eine deutliche Rechtsgrundlage im Gemeindegesetz bekommen wird, gesprochen. Wir möchten das keineswegs vernachlässigen, es geht aber auch um Prozessgestaltung. Es geht darum, dass man auch im Verwaltungshandeln vermehrt Zielgruppen, die politisch nicht vertreten sind, einbeziehen kann. Wieso sollen sich Kinder und Jugendliche nicht zu Planung äussern können? Man kann einen kommunalen Richtplan auch für Kinder verständlich erklären. Es ist geradezu grotesk, dass bei einem Schulhausbau Schüler nicht in die Planung einbezogen werden. Es geht um die Art und Weise wie die öffentliche Hand mit dieser Zielgruppe umgeht und die institutionalisierte Vertretung der zukünftigen Generationen in Form eines Kinder- und Jugendparlaments. Deshalb müssen wir weiterdenken und Rechtsgrundlagen und Verfahrensdefinitionen regeln.

4 / 4

Markus Kunz (Grüne) ist nicht einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Die Motion wird mit 80 gegen 37 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat